

## Deutschland vor der Wahl

**F**rau Merkel will Deutschland als Nationalstaat abschaffen und fügt bewußt dem deutschen Volk einen exorbitanten Schaden zu. Hierfür gibt es hinreichend belastbare Belege, denen Frau Merkel nicht widersprochen hat. **Das Werbeplakat der CDU ist der reine Hohn, weil es sich an Immigranten wendet.** Frau Merkel weiß genau, wieviel Deutsche jedes Jahr auswandern, weil sie ein Deutschland geschaffen hat, in dem viele Deutsche eben nicht gut und gerne leben.

Frau Merkel bereitet unmißverständlich den Weg vor für ein islamisches Deutschland. Das frühere Argument, „Das kleinere Übel“ zu wählen, ist obsolet, weil zwischen CDU und SPD/Grünen kein nennenswerter Unterschied mehr besteht.

Die Politikerin Erika Steinbach war nicht nur jahrzehntelang Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“, sondern ist seit 27 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestags. Viele Jahre war sie menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die konservative Politikerin aus Frankfurt ist im Januar 2017 nach vierzig Jahren Mitgliedschaft aus ihrer Partei ausgetreten; seitdem vertritt sie ihr Mandat als parteilose Abgeordnete im Parlament.

Am 17. August erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine großformative Anzeige (siehe stark verkleinerter Abdruck), verantwortet von einem „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“.

In dieser Anzeige erklärt Steinbach, daß die CDU-Chefin und Bundeskanzlerin Merkel seit 2005 mehrfach gegen Recht und Gesetz entschieden habe: Euro-Rettung, abrupter Ausstieg aus der Kernkraft, unkontrollierte Aufnahme von weit über einer Million Migranten.

„**Deutschland wurde massiver Schaden zugefügt**“, erklärt die Bundestagsabgeordnete. Damit das Parlament wieder seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrnehme, wähle sie die **AfD**, so Steinbach weiter, weil sie in dieser Partei die einzige Kraft sehe, die dazu fähig und willens sei.

WN

### Standpunkt

#### Wer terrorisiert unser Land?

**E**s ist ein arger Widerspruch, wenn zwei grundverschiedene Parteien eine Regierung bilden und dabei die Mitte verlassen. Linke Gewaltexzesse sind in Deutschland längst alltäglich. Das hat seinen Grund darin, daß sie von Teilen der Politik hingenommen oder bagatellisiert werden. Die Augen werden vor linker Gewalt verschlossen und verharmlost. Das ist die Zukunftsordnung der SPD und einer Manuela Schwesig. Ihr liegt der Kampf gegen Rechts am Herzen.

Es verwundert also nicht, daß sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vornehmlich dem Kampf gegen „Rechts“ widmet. Zivilgesellschaften gegen „Rechts“ sollen gefördert werden. Daß die Demokratie insbesondere von den Linken massiv gefährdet wird, ignoriert das Programm. Opfer linker Gewalt gehen leer aus. Das hierbei Staatsgelder auch in linksextreme Krise wandert, liegt auf der Hand.

Teile der Bundesregierung bagatellisieren die linke Gewalt, nicht zuletzt unter dem Einfluß linksradikaler Ideologen. Wo ein solches Klima der Verharmlosung herrscht, dürfen Linksextreme sich zu ihren Gewalttaten legitimiert sehen. Angst und Schrecken sind durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt, die das Ziel hat Menschen gefügig zu machen.

Es ist also an der Zeit, das Kind beim Namen zu nennen. Das ist Terror, der auch vor Bahnanlagen nicht halt macht. SPD, Grüne und die Linkspartei haben diese simple Einsicht zugunsten eines Multikulti- und Weltbeglückungstrauma ausgeblendet.

**Borussius**

**Warum ich AfD wählen werde**

Weil ich 40 Jahre lang Mitglied der CDU bin. Seit 27 Jahren bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Januar habe ich die CDU nach langer Überlegung verlassen und bin nun parteilos geworden.

Seit 2005 hat die Bundesregierung mit der Kanzlerin an der Spitze weiterhin Entscheidungen ergriffen, Recht und Gesetz zu verletzen.

Bei der Euro-Rettung, dem abrupten Ausstieg aus der Kernkraft, der unkontrollierten Aufnahme von über einer Million Migranten, dem massiven Schaden, den unser Land dadurch schonen mußte, Deutschland wurde massiver Schaden zugefügt. Der Deutsche Bundestag hat das mit aller Fraktionsschärfe kritisiert, in Teilen sogar hysterisch hingewiesen.

Ich bin überzeugt: Unsere parlamentarische Demokratie nimmt Schaden, wenn das Parlament nicht wieder seine vom Grundgesetz vorgeschriebene Kontrollfunktion wahrnimmt. In der AfD sehe ich die einzige Kraft, die dazu fähig und willens ist.

Deshalb werde ich am 24. September aus voller Überzeugung die AfD wählen.

Erika Steinbach, Mitglied des Deutschen Bundestages